Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1266. **Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.** Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltene Kolonelzeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefaufbewahrung 30 Pf.

Nr. 35 | Dresden, Freitag den 11. Februar 1921 | 32. Jahrg.

Der große Gläubiger

In unserer letzten Mittwochnummer brachten wir die Warnung der Newyork-Times an Deutschland, es solle nicht in den alten Fehler von 1914 verfallen und in diesen schweren Tagen sich durch falsche Hoffnungen auf Amerika zum Widerstand gegen die Entente verführen lassen. Unverzeihliche Torheit freilich wäre es, wenn wir darauf bauten, der Yankee würde aus reiner Menschlichkeit oder aus Gerechtigkeitsgefühl gegen Deutschlands Verklavung protestieren, oder auch gegen die Vereinigten Staaten richten sich letzten Endes die Pariser Beschlüsse, und aus diesem Grunde sind sie allerdings der Ueberzeugung, daß sie gegen [illegible], wie die Briand, Loucheur, Doumer und Lloyd George sie sich dachten, ihren gewichtigen Einspruch erheben werden.

Wenn man die wirtschaftlichen Zusammenhänge näher betrachtet, so läuft der ganze Plan von Paris darauf hinaus, Nordamerikas Handelsfreiheit zu unterbinden, die Finanzen und die Industrie von Nordamerika den Alliierten tributpflichtig zu machen. Wer die Finanzpolitik der Alliierten während des Krieges und seit dem Waffenstillstand studiert hat, wird davon nicht überrascht sein. Amerika war der große Kriegslieferant der Alliierten und hat sich auf diese Rolle beschränkt ohne den U-Boot-Krieg. Was ihm die Alliierten den Amerikanern diese Lieferungen schuldig geblieben, müssen dafür schwere Zinsen zahlen und wissen nicht, wie sie das Kapital, das mindestens 50 Milliarden Goldmark ausmacht, zurückzahlen sollen. Herr Klotz in Frankreich deckte das Projekt einer gemeinsamen Kasse auf, in die alle Alliierten Gutscheine in der Höhe ihrer Kriegsschulden einzahlen und für deren Einlösung die Alliierten nach der Kopfzahl ihrer Einwohner haftbar sein sollten. Dieser schlaue Plan, der auf die

Abwälzung der Kriegsschulden auf Amerika

hinauslief, rief dort kaum ein verächtliches Achselzucken hervor. Und nun versuchen die Alliierten mit Gewalt, Amerika gefügig zu machen. Die Ausfuhrprämie, die Finanzblockade, die Beschlagnahme der deutschamerikanischen Kabel, haben denselben Zweck. Außerdem aber wollen die Alliierten die amerikanischen Schulden mit — den deutschen Milliarden bezahlen. Denn Deutschland soll ja Schuldscheine für die 226 Milliarden ausstellen.

Amerika befindet sich gegenwärtig in einem Interregnum. Harding ist wohl gewählt, tritt seinen Posten jedoch erst am 4. März an. Die Londoner Konferenz wird ungefähr gleichzeitig mit dem Regierungsantritt von Harding zusammenfallen. Da wird es eine kleine Ueberraschung geben. Harding hat schon eine internationale Abrüstungskonferenz angekündigt. Das heißt mit anderen Worten: ehe ihr auf den Luxus einer großen Flotte und einer großen Armee leistet, zahlt eure Schulden. Wir können gewiß sein, daß der Vertreter der großen amerikanischen Truste im Namen der Freiheit der Menschheit gegen die Beschlüsse der Alliierten einen wirtschaftlichen Feldzug eröffnen wird. Nur wird es diesmal gegen die Alliierten gehen.

Das unerfüllbare Februarprogramm

Berlin, 11. Februar. In einer der Reparationskommission übergebenen Note der deutschen Kriegslastenkommission heißt es: Nach den bei den bisherigen Lieferungen gemachten Erfahrungen und der erheblichen Verschärfung des Februarprogramms ist nicht damit zu rechnen, daß seine Durchführung möglich sein wird. Der augenblickliche Zustand ist der, daß von Deutschland ständig Lieferungsmengen verlangt worden sind, die über das Deutschland mögliche Maß hinausgegangen sind. Die Note stellt weiter fest, daß hinsichtlich der Qualität-, Preis- und Transportfrage noch mannigfache Meinungsverschiedenheiten bestehen, und ersucht um baldige Anberaumung eines Zeitpunktes für neue Verhandlungen.

*

Eine internationale Anleihe für Deutschland?

Paris, 11. Februar. Der Berliner Korrespondent der Financial News hat seiner Zeitung telegraphisch mitgeteilt: Ich habe kein Geheimnis zu verraten, wenn ich mitteile, daß der englische Botschafter in Berlin, Lord D'Abernon, zur Zeit untersucht, ob die Lage in Deutschland nicht dazu geeignet sei, das Vertrauen für eine aufzunehmende Anleihe zu rechtfertigen. Alle neutralen Länder können unterschreiben, denn sie leiden tatsächlich alle unter dem Geldüberfluß. Holland, Schweden, die Schweiz, Dänemark, die Vereinigten Staaten, alle Länder leiden unter dem gleichen Uebel: zu viel Kapitalien, zu wenig Handel. Eine internationale Anleihe für Deutschland wäre, wie L'Oeuvre schreibt, die wirtschaftliche Erneuerung der Welt.

*

Kronrat in London

In dem vorgestrigen Londoner Kronrat ist die politische Lage eingehend zur Erörterung gelangt. Der König gab seine Zustimmung und Beglaubigung zu den Pariser Beschlüssen, deren Durchführung er für dringend notwendig hielt. Zu der Londoner Konferenz werden Vertreter sämtlicher britischen Dominions eingeladen. In der Konferenzsitzung wurde ferner beschlossen, die britischen Truppen in Kleinasien, Indien und Aegypten zu verstärken.

Arbeiterunruhen in Belgien

Brüssel, 11. Februar. La Dernière Heure meldet, daß die Arbeiter von Wevelghem infolge der industriellen Krise die Fabriken besetzen und für ihre eigene Rechnung arbeiten wollen. Die Gendarmerie griff ein und schloß die Fabrik.

Der Ablieferungsskandal

Herrn Hermes ist es, wie vorauszusehen war, glücklich gelungen, unsere ganze Getreideversorgung in Grund und Boden zu wirtschaften. Den Massen der Verbraucher wird der vollkommene Zusammenbruch dadurch verhüllt, daß die gewohnte Brotration weiter zu dem bisherigen Preis geliefert und jetzt sogar die Mehlration erhöht wird. Aber es ist nur eine Täuschung, daß das deutsche Volk jetzt noch sein Brot für den verhältnismäßig billigen Preis von vier bis fünf Mark bekommt: tatsächlich müssen wir viel mehr zahlen, weil ein sehr großer Teil unseres Brotbedarfs mit Hilfe von ausländischem Getreide gedeckt wird, das mehr als dreimal soviel kostet wie das deutsche Getreide. Damit die Bevölkerung diese Belastung nicht merkt, wird durch Reichszuschüsse das ausländische Getreide verbilligt. Aber das ist im Grunde genommen nichts weiter als ein Vertuschungsmanöver, denn schließlich müssen ja in irgendeiner Form die Massen die Summen wieder tragen, die heute vom Reiche bei der Brotversorgung zugelegt werden.

Einen besonders großen Schildbürgerstreich hatte von vornherein unser Ernährungsministerium beim Hafer begangen. Da im Vorjahre die Haferfreigabe die bedenklichsten Folgen gehabt und zu einem gewaltigen Steigen der Haferpreise geführt hatte, entschloß man sich, die Freiheit des Hafers für dieses Erntejahr wieder aufzuheben, und setzte Höchstpreise für Hafer fest. Man unterließ es aber, auch eine Ablieferungspflicht für den Hafer vorzusehen, und die unausbleibliche Folge war, daß eben überhaupt kein Hafer abgeliefert wurde. Es war natürlich für die Landwirte viel vorteilhafter, ihren Hafer zu verfüttern oder im Schleichhandel zu verkaufen, als zu dem vorgeschriebenen Preise abzugeben. Nachträglich erkannte auch das Reichsernährungsministerium, welche ungeheure Dummheit es gemacht hatte, und es wurde nun eine Haferumlage angeordnet. Diese nachträgliche Einführung der Ablieferungspflicht für Hafer rief natürlich den schärfsten Widerstand der Landwirte hervor; vielfach behaupteten sie, daß sie keinen Hafer mehr hätten, und es wird für die amtlichen Stellen oft nur sehr schwer möglich sein, ihnen das Gegenteil zu beweisen. Der Narrenstreich, der einmal begangen wurde, ist kaum wieder gutzumachen. Jetzt sucht das Ernährungsministerium dadurch den Hafer herauszubekommen, daß es den Landwirten im Austausch für Hafer verbilligten Mais anbietet. Die Landwirte sollen den Hafer pro Zentner mit 67.50 Mark abliefern und dafür Mais für 60 Mark pro Zentner bekommen. Da aber Hafer als Kraftfutter mehr wert ist als Mais, so ist es fraglich, ob auf diese Weise das Ernährungsministerium Hafer bekommt.

Der verbilligte Mais soll auch beim Brotgetreide helfen. Bei einem Getreidepreis von 75 M. für den Zentner Brotgetreide dürfte der Preis für lebende Schweine nicht höher sein als 400 bis 425 M. pro Zentner. Statt dessen haben wir Preise von 1600 bis 1700 M. für einen Zentner Lebendgewicht. Die Landwirte verwerten also ihr Getreide, wenn sie es verfüttern, ungefähr viermal so gut als wenn sie es zu den amtlich festgesetzten Höchstpreisen abliefern. Es ist nur zu begreiflich, wenn unter diesen Umständen die Getreideablieferung so mangelhaft ist. Die Ernte in Weizen und Roggen wird in diesem Jahr auf 7 220 855 Tonnen geschätzt. Nach Abzug des Bedarfs der Selbstversorger, des Deputats für die Landarbeiter und des Saatgutes müßten noch 3½ Millionen Tonnen abgeliefert werden. Bis zum 29. Januar waren aber an die Reichsgetreidestelle nur 788 818 Tonnen Brotgetreide abgeliefert. Diese Zahl umfaßt allerdings nicht die gesamte Ablieferung der Landwirtschaft. Die Lieferungen an die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände sind dabei unberücksichtigt geblieben. Wie die Reichsgetreidestelle in einer Zuschrift an die Vossische Zeitung ausführt, läßt sich nur ein nicht genau feststellen, wie groß die an die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände gelieferten Mengen Brotgetreide sind.

Jetzt soll den Landwirten, die mehr als 70 Prozent ihres Ablieferungssolls erfüllt haben, für jeden Zentner, der darüber geliefert wird, verbilligter Mais geliefert werden, und zwar, wie der Hauptausschuß des Reichstags auf den Antrag des Agrarierführers Roesicke beschloß, für jeden Zentner abgeliefertes Getreide 1½ Zentner Mais zum Preise von 60 M. Zur Verbilligung des Maises, der auf dem freien Markt etwa 140 M. kostet, hat der Reichstag kürzlich 1½ Milliarden Mark bewilligt.

Ob aber durch die Maisaktion die Landwirte dazu gebracht werden können, die fehlenden Brotgetreidemengen herauszuholen, ist mehr als zweifelhaft. Nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Landwirte dürfte mit der Ablieferung so weit fortgeschritten sein, daß er noch den jetzt erlassenen Bestimmungen den billigen Mais der Regierung bekommt. Entweder wird daher die Regierung noch weiter nachgeben müssen, indem sie auch dann, wenn ein geringerer Teil des Ablieferungssolls als 70 Prozent erfüllt ist, verbilligten Mais liefert, oder sie wird eben ihren Mais nicht an den Mann bringen.

Geht sie aber unter die Grenze von 70 Prozent, so wird die Gefahr immer größer, daß die Landwirte den Mais, den sie für 60 Mark erhalten und der daher im freien Markt für 140 Mark zu haben ist, verkaufen, und das kann die Folge haben, daß auf dem offenen Markte die Maispreise sinken. Dadurch aber werden wieder die Verbilligung auf dem Maismarkt vollkommen in Unordnung gebracht und den Kaufleuten, die Mais aus dem Auslande eingeführt haben, um ihn hier zu verkaufen, drohen die schwersten Verluste. Die Sache [illegible]

Münchner Rückzugskanonade

München, 10. Februar. Die gestrigen Beratungen der bayerischen Staatsregierung und der Koalitionsparteien haben mit der Zustimmung aller beteiligten Faktoren zu der an die Reichsregierung zu richtenden Erklärung der bayerischen Staatsregierung [illegible] ihren Abschluß gefunden. Staatsregierung und Koalitionsparteien haben der Bedeutung und Schwere des Augenblicks in jeder Weise Rechnung getragen. Wenn trotzdem das Ergebnis der mehrtägigen Beratungen, die in erfreulicher Einmütigkeit geführt und auch von der Mehrheit der Presse in dankenswerter Geschlossenheit unterstützt wurden, den bisherigen Standpunkt der bayerischen Regierung festhält, so beweist dies erneut aller Welt, daß das bayerische Volk und seine Regierung in der Erhaltung des [illegible] Selbstschutzes auch heute noch eine Lebensfrage erblicken.

Die bayerische Staatsregierung hat demzufolge von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß die Reichsregierung, ebenso wie sie die ungeheuerlichen Reparationsforderungen ablehnt, auch dem [illegible] Entwaffnungsdiktat nicht zustimmen dürfte, die beide ein zusammenhängendes Ganzes bilden. Sie verkennt jedoch nicht, daß der Reichsregierung die letzte Entscheidung und die Verantwortung für ihre allenfallsigen Maßnahmen zufallen. Die bayerische Staatsregierung und die Koalitionsparteien haben sich in ihren Beratungen und Entschließungen ausschließlich von vaterländischen Interessen leiten lassen. Es war das Bestreben der bayerischen Staatsregierung, die Position der Reichsregierung gegenüber dem [illegible] Willen der alliierten Mächte zu stärken. In diesem Geist und in dieser Absicht sind von ihr alle Verhandlungen geführt worden. Wenn nicht überall unter Zurückstellung aller [illegible] mit der gleichen [illegible] und Zurückhaltung die [illegible] Frage behandelt worden ist, so ist das bedauerlich, da es viel zur Verschärfung beigetragen hat.

*

Danach scheint es, daß Bayern sich löblich unterworfen hätte, wenn auch vielerlei recht überflüssige Redensarten darum herum gemacht werden. Es bliebe ja schließlich auch der Kahr-Regierung weiter nichts übrig. Die Mehrheit des deutschen Volkes hätte es sich nicht länger gefallen lassen, daß durch den bayerischen Starrsinn die Lage Deutschlands noch schwerer gemacht wird, als sie sowieso schon ist.

*

Protest gegen Kahr

Der Nürnberger Stadtrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, mit den Stimmen der Demokraten, Mehrheitssozialisten, U. S. P. und K. P. D. gegen fünf Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen, einen Protest gegen die Haltung der Regierung Kahr in der Entwaffnungsfrage. Es wird darin die sofortige Aufgabe des Widerstandes gegen die Politik der Reichsregierung gefordert.

Niederzwingen!

Breslau, 10. Februar. Zu den Londoner Verhandlungen nimmt in der Breslauer Volkswacht der Reichstagspräsident Genosse Löbe Stellung. Er stellt fest, daß gegen die Entwaffnungsforderungen der Einwand der Unerfüllbarkeit nicht erhoben werden kann. Bäume die bayerische Reaktion sich gegen die bereits in Spa und jetzt nochmals vom Gegner [illegible] Erfüllung der Entwaffnungsbestimmungen auf, so gefährde sie nur die Sicherheit des Reichs und müsse von der Reichsregierung und allen Friedensfreunden niedergezwungen werden.

Gegenüber der Forderung des milliardenschweren Kriegstributs und der [illegible] arbeit nimmt Löbe dagegen noch einmal scharf Stellung. Er schreibt: Die Verpflichtung zur Zahlung von 226 Milliarden Goldmark und etwa 36 Milliarden Ausfuhrabgaben [illegible] nicht nur in der Treu und Glauben, sondern gegen alle Vernunft eine Verpflichtung eingehen, deren Unmöglichkeit sich beim ersten Zahlungstermin trotz offenbaren würde. Also wird die deutsche Regierung bei ihrem „Nein“ bleiben müssen, auch wenn die Feindmächte so gütig sein sollten, sich 50 oder 60 Milliarden abhandeln zu lassen, [illegible] die geringste Bereitwilligkeit [illegible]. Wird das Ruhrgebiet besetzt, so würden die Wirkungen verminderter Förderung sowohl die Franzosen als auch wir Deutschen spüren. Das Heer der Arbeitslosen wird so wenig Steuern zahlen, wie die gesunkene Produktionskraft Ausfuhrabgaben ermöglichen könnte. Innerpolitische Wirren könnten eintreten. Eins nur ist sicher: Weder eine Regierung Hergt-Ludendorff-Helfferich noch eine solche von Ledebour-Adolf Hoffmann wäre gewillt, geschweige denn imstande, irgendwelche Zahlungen auf Frankreichs Ansprüche zu vollziehen.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210211/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG